

Luxemburg

Guido Lessing/Jean-Marie Majerus

Nach der den schwierigen Verhandlungen zum Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nannte der Berichterstatter des Europäischen Parlamentes (EP), der Luxemburger Christophe Hansen, „drei Gründe, welche für die Annahme des Abkommens sprachen“¹: Die europäischen Unternehmen und deren Lieferketten durften nicht unterbrochen werden; faire Wettbewerbsgarantien konnten in das Abkommen aufgenommen werden, damit die europäischen Handelspartner nicht noch stärker benachteiligt wurden; und die offene Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland, wie sie durch das Karfreitagsabkommen geregelt wird, musste trotz des britischen Widerstandes erhalten werden. Das EP hat dem Bericht Hansens mit großer Mehrheit zugestimmt. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn begrüßte die Einigung: „Es ist nicht alles perfekt, aber ein Deal ist besser als kein Deal“². Er betonte, wie wichtig es sei, dass der Kontinent politisch nicht auseinander gebrochen ist. Die Staatengemeinschaft habe geschlossen verhandelt und die guten Beziehungen zur Insel bewahrt, sodass das Vereinigte Königreich sich mit diesem Abkommen nicht aus Europa verabschiedet habe.

Im Finanzsektor teilt Luxemburg mit Frankfurt und Amsterdam in der Post-Brexit-Zeit viele Gemeinsamkeiten: „das ehrliche Bedauern, mit London einen Finanzplatz von Welt-rang in Europa zu verlieren, das klare Ziel, den Brexit milde zu gestalten und das immer noch gültige Angebot gen London, neue Brücken bauen zu wollen“³. Ein Luxemburger Finanzexperte meint, dass der Finanzplatz London seine Chance nutzen und weiterwachsen könne, auch wenn das Vereinigte Königreich den Binnenmarkt verlassen habe. Doch das bleibe schwierig, angesichts der Tatsache, dass der „EU-Binnenmarkt sowie die amerikanischen, indischen und chinesischen Märkte bis auf weiteres geschlossen bleiben“⁴. Im Gegensatz dazu konnte der Finanzplatz Luxemburg vom Brexit profitieren. Ein Viertel der Hedgefonds und Vermögensverwaltungsgesellschaften, die das Vereinigte Königreich nach dem Brexit verließen, haben Luxemburg als neuen Standort ausgewählt.⁵

Die „Konferenz zur Zukunft Europas“ stößt nicht nur in Nord- und Osteuropa auf Desinteresse. Viele Europäer halten sie für eine Wahlkampfstrategie des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Die Konferenz droht eine „unnütze Übung zu werden“⁶. Die kleineren Staaten rechnen nicht mehr mit einem Spitzenkandidaten aus ihren Reihen nach dem die Amtszeit des Luxemburgers Jean-Claude Juncker abgelaufen ist.⁷

Die Covid-19-Pandemie war das bestimmende Thema im vergangenen Jahr. Neben den in der Bevölkerung rege diskutierten nationalen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus erregten zwei Themen große Aufmerksamkeit: das schleppende Impftempo in der

1 Christoph Hansen: Brexit: ein Kapitel zugeschlagen der ärger bleibt, in: De letztebuenger Bauer, 21.5.2021.

2 Jean Asselborn: Freiheit ist, was du daraus machst, in: Luxemburger Wort, 28.12.2020.

3 Nicolas Mackel: Europas konkurrierende Finanzplätze, in: Börsen-Zeitung, 17.6.2021.

4 Nicolas Mackel: The post Brexit relationship, in: Delano, 25.1.2021.

5 Alexandre Counis: Brexit: l'accord sur les services financiers otage du différend sur la pêche et l'Irlande, in: Les Echos, 27.5.2021.

6 Diego Velazques: Die EU darf keine Angst vor den Bürgern haben, in: Luxemburger Wort, 29.5.2021.

7 Matthias Kolb: Ringen um Reformen, in: Süddeutsche Zeitung, 10.5.2021.

EU und die als willkürlich empfundenen Grenzkontrollen und Einreisebeschränkungen vor allem seitens des deutschen Nachbarn. Ende Februar 2021, nach dem vermehrten Auftreten neuer Virusvarianten in Tirol und Tschechien und der damit einhergehenden Grenzkontrollen zu Bayern, mahnte Asselborn in Erinnerung an die einseitigen Grenzschließungen des Frühjahrs 2020: „[W]ir dürfen den Hunderttausenden Grenzpendlern das Leben nicht unnötig schwer machen.“⁸ Mit Nachdruck mahnte er die Nachbarstaaten, dass ohne Grenzpendler das luxemburgische Gesundheitssystem zusammenbreche. Diese machen rund zwei Drittel der Beschäftigten des Gesundheitswesens aus. Um die Grenzen offen zu halten, wurde der Schulterchluss in der Großregion gesucht, wenn der Kontakt in die Hauptstädte nicht fruchtete. So schien Asselborn mit seinem Anliegen in Berlin zunächst auf taube Ohren zu stoßen.⁹ Rheinland-Pfalz, das Saarland und die Gemeinden der Grenzregion erwiesen sich als die natürlichen Verbündeten, um erneute Grenzschließungen zu verhindern. Im Falle Frankreichs halfen die guten Verbindungen des Luxemburger Premiers Xavier Bettel zu Macron,¹⁰ um die Grenzen offenzuhalten.

In dem Bewusstsein als Kleinstaat ohne eigene Impfstoffherstellung bei der Beschaffung von Impfstoffen in Nachteil gegenüber größeren Staaten innerhalb und außerhalb Europas zu geraten, hat Luxemburgs Regierung von Beginn an die Gemeinschaftsstrategie der Kommission in Brüssel unterstützt. Deren Verhandlungsmandat zur Beschaffung von Impfstoffen wurde von den meisten Abgeordneten der Chambre des Députés geteilt. Einzig die souveränistisch eingestellte Oppositionspartei ADR (Alternativ Demokratisches Reformpartei) beklagt, dass man sich dabei einzig auf Europa verlassen habe ohne im Rahmen der nationalstaatlichen Kompetenzen Eigeninitiative ergriffen zu haben.¹¹

Natürlich stand auch die deutsche Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2020 ganz im Zeichen der Covid-19-Pandemie. Zur finanziellen Bewältigung der Krise wurde der gemeinsame Vorstoß Frankreichs und der Bundesrepublik und das daran anschließende, seitens der Kommission eingebrachte Wiederaufbauprogramm bedingungslos unterstützt, obwohl das Großherzogtum das Land ist, das am wenigsten aus dem gemeinsamen Fonds ziehen wird.¹² Die Luxemburger Regierung, die sich auch in vorhergehenden Krisen immer wieder für eine Möglichkeit der gemeinsamen Schuldenaufnahme ausgesprochen hatte, fand sich durch die Annahme von „NextGenerationEU“ bestätigt. Dieser Schritt wird fast in der Breite der politischen Landschaft als historisch und als grundlegend für die Bewältigung der Krise angesehen.¹³

Weiterführende Literatur

Guido Lessing: Luxembourg: Make Europe Work Better in the Greater Regions, in: Michael Kaeding et al. (Hrsg.): Eurosepticism and the future of Europe: views from the capitals, Cham 2021.

8 Redaktionsnetzwerk Deutschland: Grenzkontrollen wegen Mutationen: Fast 16.000 Personen abgewiesen, 21.2.2021.

9 Bernard Thomas: Onsen eegene Wee, in: land.lu, 21.1.2021.

10 Ibid.

11 Die ADR gehört der Partei Europäische Konservative und Reformer (EKR) an; Alternativ Demokratisches Reformpartei: Impfchaos: Wou si Bettel a Lenert?, 15.1.2021, abrufbar unter: <https://adr.lu/impfchaos-wou-si-bettel-a-lenert/> (letzter Zugriff: 7.6.2021).

12 Catherine Kurzawa: Le Luxembourg perdant du plan de relance européen, in: Paperjam, 27.7.2020.

13 Jean Asselborn: Déclaration de politique étrangère Ministre des Affaires étrangères et européennes à la Chambre des Députés, 11.11.2020, abrufbar unter: <https://gouvernement.lu/dam-assets/documents/actualites/2020/11-novembre/11-asselborn-declaration/Declaration-de-politique-etrangere-11-novembre-2020-version-FR.pdf> (letzter Zugriff: 8.6.2021).